

CUXHAVEN STADT & LAND

Ratsmehrheit will Leitung verhindern

Wegener: Holzheizkraftwerk ist aus der Zeit gefallen / Berghorn: Politik hat keine rechtliche Möglichkeit Netzausbau zu torpedieren

Von Thomas Sassen

CUXHAVEN. Noch ist es nur ein Rohrstrang, der vom Ostende des Fischerhafens entlang der Neufelder Straße vorangetrieben wird. Doch das wird sich bald ändern, wenn die Holzheizkraftwerk Cuxhaven GmbH ihr Fernwärmenetz unter der Konrad-Adenauer-Allee in Richtung Innenstadt weiter ausbaut. „So ist unser Plan und das wird die Politik auch nicht verhindern können“, sagt Chefplaner Frank Berghorn, der für März eine Infoveranstaltung ankündigt.

Berghorn antwortet damit auf den SPD-Fraktionsvorsitzenden Gunnar Wegener, der sich in einem Artikel in unserer Zeitung zu der Aussage verstiegen hatte, in Absprache mit dem grünen Koalitionspartner, den Ausbau des Fernwärmenetzes auf Stadtgebiet verhindern zu wollen. „Das ist ein geschäftsschädigendes Verhalten von Herrn Wegener“, reagiert Berghorn, der diesem im gleichen Atemzug vorwirft, die Öffentlichkeit bewusst falsch zu informieren.

„Wir haben Herrn Wegener regelmäßig in persönlichen Gesprächen über die Planungen und den aktuellen Sachstand informiert“, behauptet Berghorn, der hinter dem Verhalten des SPD-Mannes parteipolitisches Kalkül vermutet, um dem neuen Kooperationspartner nach der Schnauze zu reden. Schließlich wisse Wegener sehr genau, dass die Politik – wenn sie dies denn überhaupt wolle – den Leitungsbau gar nicht verhindern könne.

NPorts ist der Schlüsselkunde

Ebenso wie andere Versorger, hätten auch die Betreiber des in Bau befindlichen Holzheizkraftwerks ein Recht darauf, die eigenen Leitungen im Stadtgebiet zu verlegen, sofern dies im vorgeschriebenen Rahmen vonstattengehe. Das sei ihm kürzlich in einem Gespräch mit Oberbürger-



Bis auf Höhe des Restaurants „Fischkiste“ ist die Firma Wähler mit der Verlegung der Fernwärmerohre vorangekommen. Spätestens im kommenden Frühjahr soll es auf städtischem Gelände im Bereich der Innenstadt weitergehen, sofern sich dort Kunden anschließen wollen. Foto: Sassen

meister Uwe Santjer (SPD) und Baudezernent Martin Adamski noch einmal bestätigt worden. Die rechtliche Basis sei ein sogenannter Gestattungsvertrag, der bereits vor Monaten mit der Stadt abgeschlossen worden sei. Alles andere sei eine verwaltungstechnische, keine politische Angelegenheit. Für den Hafengebiet, wo die entsprechenden Rohre seit sechs Wochen mit Zustimmung des Eigentümers verlegt werden, sei ohnehin allein NPorts zuständig. Der dortige Ausbau geschieht in Abschnitten, so Berghorn, um Störungen für die dortigen Betrie-

be so gering wie möglich zu halten. Mit wie vielen Betrieben im Hafen bereits Verträge über die Lieferung von Wärme abgeschlossen wurden, mochte Berghorn am Montag nicht beantworten. Man sei gerade in finalen Verhandlungen mit einem Großkunden. Zentraler Player ist NPorts, der den Betrieben in der Regel nicht nur die Gebäude, sondern auch die dazugehörenden Heizleistung vermietet. Diese künftig nicht mehr auf eigene Rechnung und Risiko betreiben zu müssen, dürfte für den Hafengebietbetreiber von Interesse sein, sofern die Konditio-

nen stimmen. Zum Herbst nächsten Jahres soll das Heizwerk fertig sein und die mit Holz befeuerten drei Kessel angeheizt werden. Dann könnten die angeschlossenen Kunden mit Fernwärme und – über das Netz der EWE – auch mit Strom beliefert werden. Die über eine Dampfturbine erzeugten 17 Megawatt Stromleistung werden dann über eine eigene Leitung am Umspannwerk in der Kapitän-Alexander-Straße ins allgemeine Netz eingespeist. Vorbereitet wird das, indem derzeit ein Leerrohr unter der Konrad-Adenauer-Allee „durchgeschossen“

wird. Die Fernwärmeleitungen (vor und Rücklauf) sind bis zur Abzweigung am Restaurant „Fischkiste“ inzwischen verlegt.

Gunnar Wegener blieb gestern auf Nachfrage bei seiner ablehnenden Haltung: „Herr Berghorn wird sehen, dass er voll gegen die Pumpe laufen wird. Das Projekt ist aus der Zeit gefallen. Die Ratsmehrheit will das nicht. Ich kennen keine gesetzlichen Bestimmungen, die die Stadt verpflichten würden, ihren Grund und Boden zur Verfügung zu stellen, damit ein privates Unternehmen seine Energie anbieten kann.“